

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbremer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Belegzeile oder deren Raum 1 M.
Verpflichtungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 80 Pfg.

Unsere Städtekonferenz.

Bei den im Herbst vorigen Jahres im Reichsamt des Innern geführten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband wurde vereinbart und im amtlichen Protokoll festgelegt, daß bei einer Steigerung der Löhne im Laufe des neuen Vertragsjahres nötig werdende weitere Löhnezulagen durch die jetzige Vereinbarung nicht ausgeschlossen sein sollen. Das Bedürfnis nach solchen weiteren Löhnezulagen machte sich sehr bald geltend. Im Frühjahr dieses Jahres traten die Kollegen in einigen Orten an ihre Arbeitgeber mit neuen Forderungen heran. Bald mehrten sich die Städte, in denen sich das Verlangen nach einer der fortschreitenden Teuerung angepaßten Lohn-erhöhung zwingend geltend machte. Vielfach kam es zu örtlichen Verhandlungen, die jedoch in den meisten Fällen ergebnislos verliefen. Anscheinend handelten die Unternehmer in den einzelnen Orten nach einer Anweisung ihrer Zentralleitung, die dahin ging, die Arbeiter auf zentrale Verhandlungen zu verfrachten. Nicht überall ließen sich die Kollegen mit dieser Zukunftshoffnung abweisen. Wo sie entschieden auftraten, erreichten sie auch sofortige Zugeständnisse, bei denen sich die Arbeitgeber nur vorbehielten, die bewilligte Zulage anzurechnen, wenn durch spätere zentrale Verhandlungen eine Verständigung für das ganze Reich erzielt würde.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes sich endlich auf seiner am 23. Juni in Erfurt abgehaltenen Vorstandssitzung mit den Forderungen der Arbeiter beschäftigte, die ihm zusammenschickend auch vorher von unserem Verbandsvorstand überreicht worden waren. Der Arbeitgeber-Schutzverband erkennt die Berechtigung des Verlangens nach einer Erhöhung der Löhne grundsätzlich an. Die direkten Verhandlungen über das Maß der Zugeständnisse haben sich aber verzögert. Es ist beabsichtigt, diese Verhandlungen vor dem Kriegsamte zu führen, und dieses will neben dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe noch eine Reihe weiterer Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes zu den Verhandlungen zuziehen. Eine auf solch breiter Grundlage abzuschließende Vereinbarung würde ihre Durchführung wesentlich erleichtern. Leider ist der bereits angelegte Termin für diese Verhandlungen noch im letzten Augenblick verschoben worden.

In dieser Situation trat am Mittwoch, dem 11. Juni, die vom Verbandsvorstand nach Berlin berufene Städtekonferenz zusammen. Es war eine recht ansehnliche Versammlung, zu der Vertreter aus 105 Vertragsorten erschienen waren. Die Konferenz nahm den Bericht des Vorstandes über die bisher unternommenen Schritte zur Kenntnis. In der Aussprache trat eine starke Erregung über die Verzögerung der Angelegenheit zutage. Die Not steigt von Tag zu Tag, mit kleinen Mitteln ist ihr nicht zu steuern; bei den nun hoffentlich recht bald einsetzenden Verhandlungen muß auf die Durchsetzung einer ansehnlichen Lohn-erhöhung bestanden werden. Das Ergebnis der Aussprache wurde in der folgenden Entschließung zusammengefaßt:

„Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Existenz der Arbeiterbevölkerung außerordentlich und in steigendem Maße belastet, haben die Holzarbeiter im Reich, gestützt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsamt des Innern getroffene Uebereinkommen, vor Monaten neue Lohnforderungen an die örtlichen Arbeitgeberorganisationen gestellt.

Die heutige Konferenz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Vorstand, die Forderungen in Höhe von mindestens 30 Pfg. pro Stunde mit den entsprechenden Nebenforderungen bei den von den Arbeitgebern angebotenen zentralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten.

Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schleunige Erledigung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermag.“

Die Aussprache ergab volle Einmütigkeit zwischen den Vertretern der Mitglieder und dem Verbandsvorstand. Dieser wird, wie bisher, kein Mittel unversucht lassen, dem berechtigten Verlangen der Kollegen nach einer angemessenen Erhöhung ihres Lohnes Einkommens Erfüllung zu verschaffen. Insbesondere wird er jeder weiteren Verschleppung der Verhandlungen entschieden entgegenzutreten.

Das Zusammensein einer so großen Zahl von Delegierten hat der Verbandsvorstand benützt, um an einem zweiten Sitzungstage noch einige wichtige Verbandsfragen zur Erörterung zu stellen. Die Städtekonferenz ist allerdings keine Körperschaft, der ein Beschlusrecht zusteht. Bei den Angelegenheiten, über die in nächster Zeit eine Entscheidung gefaßt werden muß, kann aber eine Aussprache in einem weiteren Kreise allen Beteiligten nur erwünscht sein. Der Vorstand lernt bei der unmittelbaren Aussprache die Wünsche und Ansichten der Mitglieder kennen, die er bei der Ausarbeitung der präzisesten Beschlüsse, die er später den

Kollegen zur statutenmäßigen Beschlussfassung vorlegen wird, von vornherein berücksichtigen kann. Und die Aussprache unter den Kollegen, bei der verschiedene Ansichten zur Geltung kommen, ist einer Klärung der Meinungen nur förderlich.

Die erste Frage, die der Vorstand den Delegierten vorlegte, betraf die Deckung der Kriegskosten des Verbandes. Als solche außerordentliche Ausgaben sind zu betrachten die im zweiten Halbjahre 1914 und im ersten Halbjahr 1915 ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung, die an die Frauen der einkernenden Mitglieder gezahlte Familienunterstützung und die Weihnachtsgabe. Zur Deckung dieser Ausgaben haben die meisten Zahlstellen die Bestände ihrer Lokalkassen zur Verfügung gestellt. Diese Gelder wurden ihnen bei der Hauptkasse gutgeschrieben und in Aussicht gestellt, daß sie später verrechnet werden. Hierbei kann es sich aber nicht um eine glatte Rückzahlung handeln, so daß die sehr beträchtlichen Ausgaben allein der Hauptkasse zur Last fallen. Es muß vielmehr in Aussicht genommen werden, die Lokalkassen mit einem Teil dieser Ausgaben zu belasten, und zwar dergestalt, daß die Verteilung der Kosten möglichst gleichmäßig auf alle Zahlstellen erfolgt. Das würde bedingen, daß an manche Zahlstellen, die verhältnismäßig große Beträge zur Verfügung gestellt haben, Rückzahlungen erfolgen, während andere noch Nachzahlungen leisten müßten. Die Aussprache über diese Frage ergab Einmütigkeit darüber, daß eine Verteilung der Kriegskosten etwa in der Weise, daß die Hauptkasse mit 70 Prozent und die Lokalkassen mit 30 Prozent belastet werden, angemessen erscheint. Für die Berechnung des Anteils der Zahlstellen sind verschiedene Wege möglich. Die gepflogene Besprechung hat wertvolles Material geliefert, welches der Vorstand nunmehr für die Ausarbeitung des Verteilungsplanes berücksichtigen wird, der demnächst den Zahlstellen zur Entscheidung zugeht.

Es war naheliegend, auf der Städtekonferenz auch die Beitragsfrage zu besprechen, welche die Gemüter zurzeit so lebhaft beschäftigt. Eine bestimmte Vorlage, deren Berücksichtigung von verschiedenen Kollegen in der in den Spalten des Verbandsorgans geführten Diskussion verlangt wurde, konnte der Vorstand allerdings auch der Konferenz nicht vorlegen. Hierzu sind umfangreiche Vorarbeiten notwendig, die bei dem auf dem Verbandsbureau herrschenden Personmangel noch nicht bewältigt werden konnten. Die Vorstandsexekutive beschränkte sich darauf, den Plan, den sie verfolgen, in großen Umrissen zu entwickeln. Der jetzige Zeitpunkt scheint geeignet, eine Änderung der Verbands-einrichtungen nach der Richtung vorzunehmen, daß die Unterstützungen, die bisher zum Teil aus der Hauptkasse, zum Teil aus der Lokalkasse gezahlt wurden, völlig auf die Hauptkasse zu übernehmen und gleichzeitig die Unterstützungsätze beträchtlich zu erhöhen. Das bedingt eine wesentliche Erhöhung des Verbandsbeitrages unter Fortfall der Lokalbeiträge. Die Verschiedenartigkeit der Beitragshöhe an den einzelnen Orten würde zur Folge haben, daß wir uns mit dem Gedanken der Staffelbeiträge befreunden müßten. Ein angemessener Teil des Beitrages würde in die Lokalkassen fließen und zur Verfügung der Zahlstellen bleiben, deren jetzige Selbstständigkeit durch eine solche Änderung nicht eingeschränkt zu werden braucht. Es handelt sich hierbei nur um Anregungen, über die sich auch der Vorstand noch nicht schlüssig geworden ist. Auch über das Maß der erforderlichen Beitragserhöhung und die Erhöhung der Unterstützungen konnten bestimmte Sätze nicht genannt werden.

Ebenso wichtig wie die geplanten materiellen Änderungen ist die Frage, wann und in welcher Weise sie durchzuführen sind. Ueber die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungsätze herrschte auf der Konferenz volle Einmütigkeit. Ebenso einmütig waren die Städtevertreter der Meinung, daß die Beitragserhöhung möglichst bald in Kraft treten soll, wobei mit dem 1. Januar 1918 als dem wünschenswerten Termin gerechnet wurde. Die Frage, ob die Lokalunterstützungen ganz auf die Hauptkasse übernommen werden sollen, wurde dahin erläutert, daß ihre Bejahung auch die Übernahme der Lokalbeiträge auf die Hauptkasse und ihre Konsequenz die Einführung von Staffelbeiträgen bedeute. Nach dieser Erläuterung wurde die Frage von allen Delegierten, mit Ausnahme von zweien, bejaht.

Diese Willensäußerung wird es nun dem Vorstand ermöglichen, eine Vorlage auszuarbeiten und sie zu veröffentlichen. Sie wird die Grundlage einer fruchtbringenden Diskussion in den Mitgliederversammlungen sein. Geplant ist auch die Einberufung von Gantagen. Eine Urabstimmung muß für alle Fälle stattfinden. Freiglich ist es nur, ob zur Durchführung der Änderung der umständliche und kostspielige Apparat eines Verbandstages erforderlich ist. Erwogen wurde die Einberufung einer Reichskonferenz, die es ermöglichen würde, eine größere Zahl von Zahlstellen zur Mitwirkung heranzuziehen. Gegen diese Vorschlag spricht aber, daß die Zuständigkeit einer Reichskonferenz die im Statut keine Stütze hat, mit Recht bestritten werden könnte. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf Verbandstag sowohl als auf

Reichskonferenz verzichten und sich auf Gantage und Urabstimmung beschränken könne. Die Frage, ob ein Verbandstag stattfinden soll, wurde von 32 Delegierten bejaht, von 46 Delegierten verneint.

Auf der Städtekonferenz bestand an keiner Stelle Zweifel darüber, daß diese Körperschaft bindende Beschlüsse nicht fassen kann. Die Abstimmungen hatten lediglich die Bedeutung, den Verbandsversand über die unter den Kollegen herrschende Stimmung zu unterrichten. Seine Beschlüsse, wie die über die Formulierung der Vorlage an die Mitglieder, über die Einberufung oder Nichteinberufung eines Verbandstages usw., faßt der Vorstand selbstständig, gegebenenfalls unter Mitwirkung des Verbandsausschusses, wie es das Statut vorsieht. Aber wenn man auch die beschränkten Befugnisse der Städtekonferenz in Betracht zieht, so waren die am 11. und 12. Juli geführten Verhandlungen nicht nur interessant, sondern auch recht wertvoll für die künftige Entwicklung unseres Verbandes. Die Konferenz hat erneut gezeigt, daß in allen grundlegenden Fragen volle Einmütigkeit zwischen Vorstand und Mitgliedern besteht. An allen Stellen ist der beste Wille vorhanden, unseren Verband zu fördern und ihn zu einem Instrument auszubauen, das seinem Zweck, die wirtschaftlichen Interessen der Holzarbeiter zu fördern, in möglichst vollkommenem Maße entspricht. Nicht nur über die zu erstrebenden Ziele, sondern auch über die einzuschlagenden Wege herrscht Einmütigkeit zwischen den Mitgliedern und der Verbandsleitung. Jetzt gilt es für alle, fleißig mitzuarbeiten an unserem Werk; wir haben die Gewißheit, daß wir keine vergebliche Arbeit leisten.

Zur Beitragsfrage.

Ein wirklich stichhaltiger Grund, die vom Vorstand angeregte Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen während des Krieges nicht vorzunehmen, dürfte wohl kaum bestehen. Wo eine Notwendigkeit wie diese vorliegt, werden auch wir selbstredend keine Einwendungen zu machen haben. Der Nutzen dieser Minderung, der doch klar auf der Hand liegt, kommt schließlich auch den im Felde befindlichen Kollegen bei ihrer hoffentlich baldigen Rückkehr zugute. Zweifelhafter ist schon, wie diese Neuregelung durchzuführen ist. Die Verschiedenartigkeit der Beitragshöhe in den einzelnen Zahlstellen zwingt schon zu einigem Nachdenken. Es war voranzusehen, daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Staffelbeiträge von ihren Befürwortern wieder in den Vordergrund gedrängt würde. Allein die Gründe, die uns bisher von ihrer Einführung abgehalten haben, dürften auch jetzt noch vorhanden sein. Bei der Höhe unseres Verbandsbeitrages ist es nicht so leicht, eine Staffelung durchzuführen, die auch wirklich die erhoffte und notwendige Mehreinnahme für die Verbandskasse bringt.

Notwendig jedoch ist, sämtliche Zahlstellen zu gleicher Leistung für die Hauptkasse heranzuziehen. Der jetzige Zustand, bei dem sich selbst leistungsfähige Zahlstellen einer Mehrleistung für die Hauptkasse dadurch entziehen können, daß sie den Lokalbeitrag möglichst niedrig belassen, dürfte abgehoben nicht als ideal bezeichnet werden können. Ganz abgesehen davon, daß bei gleicher Unterstützung nicht höhere Beiträge verlangt werden sollten. Die Staffelung der Anteile der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen in der Höhe von 2 bis 8 Pfg., je nach Höhe des Lokalbeitrages, muß beseitigt werden. Bei der jetzigen Lohnhöhe dürften alle Zahlstellen in der Lage sein, für die Hauptkasse denselben Anteil abzuführen wie die Zahlstellen mit 1 M. Gesamtbeitrag. Dadurch käme nach meiner allerdings unmaßgeblichen Berechnung schon eine Mehreinnahme von 5 Pfg. pro Beitrag heraus. Die Möglichkeit, den Grundbeitrag dann noch um weitere 10 Pfg. zu erhöhen, dürfte meines Erachtens gegeben sein. Die Zahlstellen, die schon jetzt den höchsten Gesamtbeitrag haben, zahlen ja auch die höchsten Unterstützungen. Absehen will ich dabei von kleineren Zahlstellen, die selbst bei niederen Lokalbeiträgen hohe Unterstützungen auf dem Papier stehen haben, weil sie selten in die Lage kommen, diese zahlen zu müssen. Erstere können sich also den gegebenen Umständen anpassen. Den Beitrag nach mehr zu erhöhen, halte ich allerdings nicht für ratsam. Wir wissen noch gar nicht, wie sich unsere Löhne nach Beendigung des Krieges gestalten werden, und können dann immer noch, je nach den Verhältnissen, die Beiträge regeln.

Bei dieser Gelegenheit ist auch wieder darauf hinzuweisen, daß die Pflicht, für die durch den Krieg arbeitslos oder krank gewordenen Kollegen zu sorgen, nicht allein den Gewerkschaften obliegt. Dieses ist zu allererst Pflicht des Staates und der Kommune. Hier ist der Hebel anzusetzen. Von Staat und Gemeinde ist zu verlangen, hier Einrichtungen zu treffen, die uns über die Not hinwegheifen. Leider haben wir nun schon früher die Erfahrung machen müssen, daß den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die gewerkschaftliche Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung oder der Krankenkasse im Falle der Unterstützung teilweise angerechnet wurde. Dabei ist ganz außer acht gelassen, daß von diesen Arbeitern die Gelder für diese gewerkschaftliche Unterstützung selbst

aufgebracht wurden. Dies muß unbedingt beachtet werden, denn auf keinen Fall sind die Gewerkschaften verpflichtet, dem Staat oder der Kommune die Lasten abzunehmen.

Notwendig ist vor allen Dingen bei dem Kampfescharakter unseres Verbandes, die Streit- bzw. Gemäßigtenunterstützung zu erhöhen. Gerade die jetzt in den Arbeitsstellen befindlichen älteren Kollegen werden aus Erfahrung wissen, daß die Unternehmer keine auch noch so notwendige Lohnhöhung freiwillig zugestehen. Nur die Macht der Gewerkschaften kann bei den bevorstehenden Entscheidungskämpfen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft in die Waagschale geworfen werden und diese zugunsten der Arbeiterschaft senken. Die „diplomatische Kunst der Führer“ ohne den notwendigen realen Hintergrund kann wenig oder gar nichts ausrichten.

Notwendig ist aber vor allen Dingen, die vor dem Kriege bestandene Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen auch in die Friedenszeit hinüberzuleiten, damit bei den bevorstehenden Kämpfen den Unternehmern eine geschlossene Front gegenübersteht. Damit nur allein werden wir auch die Regierung zu einer wirklichen Neuorientierung zwingen. Die Unternehmer haben ihre Reichen geschlossen. Unsere daheimgebliebenen Kollegen sollten dafür sorgen, daß wir bei unserer Rückkehr aus dem Felde den Verband genau so gerüstet und geschlossen wiederfinden, wie wir ihn verlassen mußten.

H. Tornau (Frankfurt a. M.), zurzeit im Felde.

Die Frage der Beitragserhöhung ist meines Erachtens nur vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit zu betrachten: Hat der Verband in seiner Gesamtheit Vorteil davon? Dies ist unbedingt zu bejahen. Die Beitragserhöhung mit anschließender diktatorischer Machtbefugnisse der Führer in Verbindung zu bringen, wie es in einer Einfindung an die „Holzarbeiter-Zeitung“ geschah, ist einfach absurd. Man braucht gar kein Theoretiker zu sein, um den Kollegen mit seinen eigenen Worten zu schlagen. Die Zeit ist vorüber, wo mit feindschaftlichen und halb-anarchistischen Niedensarten der Arbeiterbewegung ein Hemmnis in den Weg gelegt werden kann.

Wir haben nach dem Kriege zweifellos schwere wirtschaftliche Kämpfe auszufechten. Ob eine „Neuorientierung“ kommt oder nicht, wirtschaftliche Kämpfe wird es geben. Wie sie vor dem Kriege da waren und jetzt im Kriege da sind, wird es auch in Zukunft nicht daran fehlen. Hierzu ist eine leistungsfähige Organisation erste Bedingung. Werden wir bei den bisherigen Beiträgen tausend oder mehrere zehntausend Kollegen bei Streit über Wasser halten können? Das ist zu verneinen. Die künftige Streitunterstützung muß so bemessen sein, daß die Kollegen unter den späteren, viel teureren Verhältnissen mindestens so leben können wie mit der jetzigen Streitunterstützung in den Friedensjahren. Alle übrigen Arten der Unterstützungen hängen eng mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zusammen. Deshalb bedürfen alle Unterstützungen einer Erhöhung. Nicht eine einzige ist davon auszunehmen.

Ob nun Einheitsbeitrag oder Staffelbeiträge, so gebe ich letzteren den Vorzug. Und zwar muß der Beitrag nach der Lohnhöhe bemessen werden. Hierzu müßte aber berücksichtigt werden, daß die Kollegen in den Großstädten mehr mit dem Risiko der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Auf keinen Fall dürfen die Mitglieder ihre Beitragshöhe selbst bestimmen. Das würde zu argen Ungleichheiten in den Betrieben führen. Ueber die Höhe der Beiträge, deren Staffelung wohl vom Verbandstag beschlossen werden wird, schlage ich als Kleinstädter vor, daß in der niedrigsten Klasse bis zu 30 Mk. Lohn 1 Mk. Beitrag erhoben wird. Für je weitere 10 Mk. Lohn ist der Beitrag auf 20 Pf. zu bemessen. So kommt man in 5 Klassen mit einem vorläufig anzunehmenden Höchstlohn von 70 Mk. zu einem Höchstbeitrag von 1,80 Mk. Weibliche Mitglieder zahlen in allen Klassen die Hälfte. Inwieweit nach diesem Vorschlag die Unterstützungen erhöht werden können, ist Sache der Verbandsinstanzen, die dem Verbandstag eine Berechnung aufstellen können. Dann möchte ich noch betonen, daß alle Unterstützungen, mit Einschluß der Streitunterstützung, aufgehoben werden zugunsten einer Erwerbslosenunterstützung. Rechtschutz und Sterbengeldversicherung sind aber für sich zu belassen. Zum Schluß bemerke ich noch, daß es mir möglich erscheint, daß sich auch die Kollegen draußen an der Diskussion beteiligen. Mitbestimmen können wir leider voraussichtlich noch nicht, denn ein Verbandstag wird noch vor Kriegsende sich damit beschäftigen müssen. Geht deshalb eure Ansichten bekannt, damit die Delegierten unsere Meinungen und Stimmungen berücksichtigen können.

Carl Selmann (Kotenburg i. Hann.), zurzeit im Felde.

Die Anregung zu einer Beitragserhöhung wird von allen einflussreichen Kollegen mit Freuden begrüßt werden, nur von einem Stellvertreter möchte ich Abstand genommen wissen. Es sprechen verriehende Gründe dagegen. Die Kassensichtweise werden erzwungen, und es wird schwer werden, Kollegen zur Uebernahme des Kassenspekulens zu bewegen. Ich spreche aus Erfahrung, da ich etwa 13 Jahre in der Kassensichtweise gearbeitet bin und weiß, was es mit den vielen Sorgen Worten geht. Es ließe sich vielleicht ein anderer Weg finden, um der schlicht entschlossenen Kollegen noch Gelegenheit zu geben, sich zu organisieren. Wir sind in unserer Tätigkeit schon dazu übergegangen, die Kassensichtweise vom Kassenspekulens zu erlösen, und das kann ein Erfolg gehen. Sollte aber doch die Kassensichtweise bestehen, so möchte ich nicht, daß es dem Kassenspekulens überlassen bleibt, einer beliebigen Kassensichtweise, sondern es muß eine feste Kassensichtweise geben. Ferner wäre zu wünschen, daß vom Kassenspekulens eine Absicht angeheben wird, nach der die Kassensichtweise zu verhandeln hätten. Eine Kassensichtweise muß nicht zu sein. Die Kassensichtweise muß nicht zu sein. Die Kassensichtweise muß nicht zu sein.

Joh. Schöns (Kassel), zurzeit im Felde.

Die meisten Kollegen, die regen Anteil nehmen am Verbandsleben, werden den Artikel „Innere Verbandspolitik“ mit Begeisterung begrüßt haben. Schon länger ist darüber gesprochen worden, daß für unsere ganzen Verbandserrichtungen eine durchgreifende Verbesserung Maß greifen muß. Unsere Unterstützungsansätze stehen in keinem Verhältnis zur Lebenshaltung; auch wird gegeben werden müssen, daß mit unserer jetzigen Streitunterstützung ein erfolgreicher Kampf nicht zu führen ist, und diese Kämpfe bleiben nicht aus. Die Streitunterstützung muß deshalb bedeutend erhöht werden, das Doppelte wäre angebracht. Dies alles bedingt bedeutende Erhöhung der Einnahmen, und gefüllte Kassen verschaffen immer den nötigen Respekt. Eine Beitragserhöhung ist deshalb nicht zu umgehen. Wir werden dabei auf wenig Widerstand stoßen, denn der Krieg hat uns alle gelehrt, daß Engherzigkeit und Kleinlichkeit jetzt nicht am Platze sind.

Wenn wir auf die drei Kriegsjahre zurückblicken und uns die arbeits- und erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes ansehen, so finden wir, daß alle Unternehmungen auf großzügige Bahnen gelenkt worden sind und werden sollen. Betrachten wir uns die ferneren Aufgaben des Verbandes, so kommen wir zu der festen Ueberzeugung, daß ein erhöhter Beitrag uns nur reichlich Zinsen bringen kann. Sollte wegen der kleinen und rückständigeren Orte eine allgemeine Erhöhung nicht möglich sein, so sollten bei dem System der Staffelbeiträge aber nur höchstens drei Stufen eingeführt werden, denn die großen Lohnunterschiede zwischen den großen und den kleinen Orten sollen doch in Zukunft besser ausgeglichen werden, wie es ja bei der Vereinbarung im November schon geschehen ist.

Wenn angeführt wird, daß jetzt nicht der Zeitpunkt sei, die Beitragsfrage und alles, was damit zusammenhängt, zu regeln, so ist dies doch nicht richtig. Es muß sogar als weitblickend bezeichnet werden, wenn die Verbandsleitung die Sache nicht an sich herantommen läßt, sondern sie schon jetzt so zu regeln versucht, daß wir bei dem Uebergang zur Friedenswirtschaft vor Ueberraschungen geschützt sind. Daß es bei einer so tief einschneidenden Frage vorteilhafter wäre, wenn die Gesamtheit der Kollegen mitwirken könnte, ist ja nicht zu verneinen, doch wird es von der Mehrheit unserer im Felde stehenden Kollegen bei der Rückkehr in ihre häuslichen Verhältnisse dankbar anerkannt werden, wenn sie bessere Unterstützungsansätze usw. vorfinden. Die Frage ist deshalb nicht länger hinauszuschieben und sollte baldigst durch Urabstimmung und Verbandstag beschloffen werden.

Doch gibt es noch weitere wichtige Fragen, die wert sind, an einen Verbandstag gestellt zu werden. Es sollte endlich einmal die Forderung aufgestellt werden, daß jeder Arbeiter jährlich 8 bis 14 Tage Urlaub haben muß, um wieder freie Kräfte zu sammeln. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Forderung auf die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Bei späteren zentralen Verhandlungen mit den Arbeitgeberern müßten diese Forderungen unbedingt mit vertreten werden. Mag auch manches gewagt erscheinen, mit gutem Willen und Ausdauer ist schon vieles erreicht worden.

Ludwig Wich (Bamberg).

Die Ausführungen über innere Verbandspolitik in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ werden bei den Kollegen im Felde wie bei den Daheimgebliebenen nicht so ohne weiteres mit einem Ja oder Nein beantwortet werden können. Uns im Felde steht vorläufig in dieser Hinsicht nur die Zeitung zur Verfügung. Die Kollegen zu Hause haben die Versammlungen, wo ein jeder die Pflicht hat, sich klar darüber auszusprechen, und das ist das wichtigste, was unsere Kollegen jetzt tun können. Durch die lange Kriegsdauer haben sie bewiesen, daß sie imstande sind, unsere unter so vielen Opfern erstarrte Organisation hochzuhalten und noch mehr zu stärken. Ein jeder Kollege sollte sich jetzt schon klar darüber sein, daß die Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet nach dem Kriege viel schärfer werden als zuvor. Um dieselben für uns siegreich durchzuführen, brauchen wir einen großen Unterstützungsfonds, was wohl am besten bewiesen ist durch den Krieg. Wären unsere Kassen nicht so stark gewesen, so hätten wir nicht so vielen Angehörigen unserer ins Feld gezogenen Kollegen aus der größten Not helfen können. Das alles sollte auch den uns noch Fernstehenden die Augen öffnen und sie veranlassen, sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Sie sollten darüber nachdenken, daß der Verband auch für sie so manche Lohn-erhöhung durchgesetzt hat. Im übrigen empfehle ich den Artikel vom Kollegen Blocke (Hamburg) in Nr. 26 der „Holzarbeiter-Zeitung“, welchem ich mich voll und ganz anschließe.

Soziales.

Aus großer Zeit.

Am 4. Juli wurde vor dem Schwurgericht in Berlin nach achtstündiger Verhandlung ein Prozeß zu Ende geführt, der grelle Schlaglichter auf den Tanz um das goldene Kalb warf, der in dieser Kriegszeit von den Herrschaften von Bildung und Reiz aufgeführt wird. Die Angeklagte, Frau Meta Kupfer, war im Februar 1913 von Leipzig nach Berlin gekommen. Sie hatte 120 Mk. im Besitz und begann damit einen kleinen Handel, der aber nichts abwarf. Dann wandte sie sich mit einigen hundert Mark, die sie geliehen hatte, dem Lebensmittelgeschäft zu; damit hatte sie ein Verdienstschild gefunden, auf dem sie große Triumphe feierte. Sie mietete eine luxuriös eingerichtete Wohnung in der bald ein ausverkauftes Publikum verkehrte. Das Geld strömte ihr in großen Mengen zu. Sie hatte verschiedene Dokumente gefälscht und dadurch den Anschein erweckt, als stände sie mit den Behörden in umfangreichen Geschäftsbeziehungen. Es scheint, daß sie wenigstens ein Teil ihrer Geschäftsfreunde gern täuschte, denn sie zahlte für die Geldentlagen, die ihr gebracht wurden, glänzende Gewinne aus.

In 14 Tagen wurden auf eingelegte Gelder 20, 30, ja 50 Prozent und noch mehr „verdient“. So hat einer der Hauptbeteiligten, ein Herr Fritz Körting, 15 000 Mk. bez. eingezahlt. Er hat dieses Geld und dazu 146 000 Mk.

als Gewinn ausgezahlt erhalten, und er hat außerdem noch eine Forderung von 612 000 Mk. an noch ausstehendem Gewinn. Solche Gewinne schienen diesem Herrn gar nicht auffällig, da er, wie er vor Gericht erklärte, gewohnt sei, in seinem Beruf mit 40 Prozent Aufschlag zu arbeiten. Eine Frau Fia Wille, geb. Körting, hat 20 000 Mark eingezahlt und Gewinne von 161 000 Mk. bezogen. Diese würdige Dame hat sich an dem feinen Geschäft beteiligt, weil sie es als eine Wohlthat betrachtete, wenn soviel Getreide und Lebensmittel als möglich ins Land kämen. Verschiedene Zeugen, die ganz genau wußten, was sie eingezahlt hatten, litten an einer auffälligen Gedächtnisschwäche, als sie über ihre Gewinne Auskunft geben sollten; sehr groß war auch die Zahl der Zeugen, die infolge Krankheit am Erscheinen vor Gericht verhindert waren. Man kann es verstehen, daß es ihnen peinlich war, vor der Öffentlichkeit über ihre profittlichen Geschäfte Auskunft zu geben.

Die geschäftstüchtige Frau Kupfer hatte in der Weisheit gearbeitet, daß sie die Gewinne, die einem Teile der Einleger in so reichem Maße zufließen, aus dem Gelde bestritt, das ihr von anderen in großen und kleineren Posten ins Haus gebracht wurde. In gewissen Kreisen hatte es sich herumgesprochen, daß man an den Lebensmittelgeschäften der Frau Kupfer eine Stange Gold verdienen könne, und da sammelten sich die profitlüsternen Herrschaften wie die Geier um ein Nas. Wenn der eine oder der andere Mißtrauen befundete, dann wurde dieses durch die gefälschten Dokumente der Frau Kupfer prompt zerstreut. Lange konnte sich das Schwindelgebäude freilich nicht halten. Im Januar 1917 brach das Kartenhaus zusammen, und Frau Kupfer wurde verhaftet. Durch den Konkursverwalter wurde festgestellt, daß 163 Personen zusammen etwa 6700 000 Mark eingelegt hatten. Unter den Einlegern waren 70 Gewinner mit 2 980 000 Mk. und 84 Verlierer mit 3 070 000 Mark. Bei der Konkursmasse sind noch etwa 3 100 000 Mk. Forderungen angemeldet.

Daß die Frau Kupfer schließlich wegen Urkundenfälschung und Konkursvergehen zu 2 Jahren 6 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, ist für die Sache ziemlich gleichgültig, die Öffentlichkeit interessierte sich viel mehr für den Verlauf des Prozesses und die Enthüllungen, die er gebracht hat. Da wird dem Volke gepredigt, daß man in dieser schweren Zeit Opfer bringen müsse. Und in der Tat, es werden schwere Opfer gebracht. Millionen von Männern stehen im Felde. Viele kleine Unternehmer sehen in dem Augenblick der Einberufung ihre Existenz vernichtet. Die Arbeiter, die hinausgehen zum Schutze des bedrohten Vaterlandes, haben Weib und Kinder im Elend zurücklassen müssen. Wir wollen nicht reden von den Mühseligkeiten und Strapazen, die die Krieger auf sich genommen haben, nicht von den ungeheuren Mutopfern, die bereits gebracht wurden. Aber auf die Not sei hingewiesen, unter welcher breite Massen der Bevölkerung in der Heimat leiden. Und warum herrscht Not und Elend, weshalb sind die Nahrungsmittel so knapp und so sürdsterlich teuer? Der Prozeß Kupfer hat ein Zipselchen von dem Vorchang gelüftet, hinter dem sich das Geschmeiß der Wucherer verbirgt.

Dem gewöhnlichen Volke predigt man, daß es vaterländische Pflicht sei, sich in die Verhältnisse zu schicken. „Wir alle müssen Opfer bringen“, so lautet die oft gehörte Phrase. Wie es mit der Opferwilligkeit gewisser Kreise bestellt ist, das hat der Prozeß Kupfer enthüllt. 60 Prozent Gewinn in zwei Wochen ist doch nichts Besonderes. Der kluge Kapitalist nicht eben die Konjunktur aus, und der Krieg hat ja solch prächtige Gelegenheiten zum Geldverdienen gebracht. Solchen Kriegsgewinnern dünkt es Sünde, den Krieg zu schnell zu beenden. Da werden wilde Eroberungsziele propagiert, die zwar nie verwirklicht werden können, aber einen Vorwand bieten, den Krieg fortzusetzen, bei dem so prächtig verdient werden kann.

Die Firma Kupfer ist bankrott. Dort ist für die Profitjäger nichts mehr zu machen. Aber war dieses Schwindelunternehmen das einzige seiner Art? Gibt es nicht noch mehr Geschäfte, die nach ähnlichen Grundfäden arbeiten? Sie brauchen ja nicht gerade auf gefälschte Dokumente aufgebaut zu sein. Der Prozeß Kupfer hat gezeigt, daß auch angeblich solide Geschäftsleute in den riesigen Gewinnen, die dort abfielen, nichts besonders Auffälliges fanden. Es ist Krieg, und wenn sich Gelegenheit dazu bietet, nützt die Zeit und wäscht sich die Hände.

Wir leben in einer großen Zeit! Unzählige Existenzen werden erbarmungslos vernichtet, gleichzeitig sammeln sich Reservenvermögen in wenigen Händen. Unsere Steuerkünstler bemühen sich, neue Objekte ausfindig zu machen, durch deren Besteuerung die gewaltigen Kriegskosten gedeckt werden sollen. Vor der rücksichtslosen Besteuerung der Kriegsgewinner befindet man eine große Scheu. Wenn der Prozeß Kupfer dazu beitragen sollte, die Scheu vor der Konfiskation der Kriegsgewinne zu beseitigen, dann hätte diese unfaubere Affäre wenigstens ein Gutes gezeitigt. Wir zweifeln allerdings, daß man diese Lehre aus dem Prozeß ziehen wird.

Arbeit und Spiele.

Brot und Spiele waren die Mittel, mit denen sich die Cäsaren im alten Rom die Juncigung der unteren Volksklassen erwarben. Heute liegen die Dinge anders. Brot kann der arbeitenden Bevölkerung nur in sehr knapp bemessenen Mengen zugeteilt werden, aber die Kriegsverhältnisse bringen es mit sich, daß sie zur äußersten Kraftanstrengung angefordert wird. Als Entschädigung werden den Arbeitern aber Spiele geboten. Einer Anregung des Krieges am 6. s. folgend, haben die fünf preussischen Hofbühnen und sodann alle dem Deutschen Bühnenverein angeschlossenen Theater volkstümliche Vorstellungen für die in der Kriegswirtschaft beschäftigten Arbeiter veranstaltet. Die königlichen Theater haben die Eintrittskarten unentgeltlich, die übrigen Theater für einen Durchschnittspreis von 30 Pf. abgegeben. Mit dieser Einrichtung wurden sehr gute Erfahrungen gemacht. Inzwischen haben weitere, dem Bühnenverein nicht angeschlossene Bühnen sowie einige größere Privattheater in gleicher Weise volkstümliche Vorstellungen veranstaltet. Das hat das Kriegsamt veranlaßt, anzuregen, daß die Arbeitervorstellungen nicht nur während der

Spielzeit, sondern auch im Sommer fortgeführt werden. Den zur Mitwirkung herangezogenen Dienststellen ist aufgegeben worden, in Zukunft nach Möglichkeit auch die noch außerstehenden Theater sowie geeignete Kinotheater, letztere besonders an Orten, wo andere Theater fehlen, in den Dienst der Sache zu stellen.

Wir erachten das Ganze für einen sehr glücklichen Gedanken. Die angestrengt tätige Arbeiterschaft hat ein berechtigtes Bedürfnis nach Zerstreuung in den knappen Mußestunden. Wenn den Arbeitern gegen geringes Eintrittsgeld die Theater geöffnet werden, dann wird dadurch nicht nur das Zerstreuungsbedürfnis befriedigt, auch ihr Geist wird angeregt, an die Stelle des öden Kleingeldlebens tritt allmählich das Bedürfnis nach edleren Formen der Geselligkeit. So sind die billigen Theateraufführungen ein wertvolles Mittel zur Volkserziehung, und man kann nur wünschen, daß es nach Kräften gefördert wird. Die starke Nachfrage nach Eintrittskarten ist ein erfreulicher Beweis für das lebhafteste Bedürfnis der Arbeiterschaft nach wirklichem Kunstgenuss.

Der sozialdemokratische Parteitag, der auf den 10. August nach Würzburg berufen war, ist vorläufig vertagt worden. Der Grund für die Vertagung ist die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz auf den 15. August nach Stockholm durch den russischen Arbeiter- und Soldatenrat und das holländisch-skandinavisches Komitee. Der Termin für den sozialdemokratischen Parteitag wird noch bekanntgegeben werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 29. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 41178 Arend Havendamm, Stuhrohrarb., geb. 5. 10. 53 zu Bremen.
152710 Fritz Eisner, Tschl., geb. 4. 3. 83 zu Halle a. d. Saale.
301042 Johs. Wichmann, Schiffsz., 19. 3. 86 zu Bardewisch.
378659 Ludw. Stephan, Stelm., 9. 4. 83 zu Altenbrunslar.
443479 Heinrich Haarstedt, Tschl., 28. 10. 87 zu Großhilsede.
521252 Otto Stein, Tschl., geb. 6. 6. 92 zu Heiligenbeil.
Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Vorstandsvorstand.

Aus der Holzindustrie.

Der Schuhverband für das deutsche Wagenbaugewerbe hat am 18. Juni seine Generalversammlung abgehalten und sich dabei auch mit der Arbeiterfrage beschäftigt. In dem veröffentlichten Bericht heißt es darüber: „Die Löhne, welche bereits in den ersten beiden Kriegsjahren ungemein gestiegen waren, haben im Berichtsjahre eine schwindende Höhe erreicht. Wenn auch die Verteuerung der Lebenshaltung eine Lohnaufbesserung rechtfertigt, so steht die jetzige Lohnsteigerung nicht im Verhältnis zu der verteuerten Lebenshaltung. Die Sache steht aber so, daß jeder Arbeitgeber versucht, seine Arbeiter zu halten, und daher sich gezwungen sieht, vielfach unangemessene Löhne zu zahlen, ohne dagegen irgend etwas tun zu können. Aus diesem Grunde hatte sich auch der Schuhverband mit der Arbeiterfrage bezüglich der Löhne im Berichtsjahre nicht zu befassen.“

Diese Klagen über zu hohe Löhne hätten mehr Gewicht, wenn bestimmte Angaben über die Lohnhöhe gemacht worden wären; solche Angaben hat man aber aus guten Gründen unterlassen. Der wiedergegebene Stoffseufzer aus dem Geschäftsbericht beweist nur, wie schmerzlich es die Wagenfabrikanten empfinden, daß sie ihren Arbeitern jetzt höhere Löhne zahlen müssen als in der Friedenszeit, und daß der Arbeitermangel sie hindert, ihre Arbeiter so zu kuzonieren, wie sie es gern möchten. Das Klageglied der Fabrikanten hätte noch einen Sinn, wenn ihr Profit durch die angeblich viel zu hohen Löhne der Arbeiter ernstlich geschmälert würde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Heißt es doch in dem Bericht: „Aufträge, bei denen es sich meistens um Heeresarbeiten handelte, lagen genügend vor; es konnten auch befriedigende Preise erzielt werden.“ Wenn die Fabrikanten selbst von besiedigenden Preisen sprechen, dann kann man sicher sein, daß sie glänzende Gewinne erzielen. Nur den Arbeitern mißgönnten sie erhöhte Löhne, die, wenn man es genau betrachtet, sicher nicht in dem Maße gestiegen sind wie die Kosten der Lebenshaltung.

Zum Vorsitzenden des Schuhverbandes wurde Fabrikbesitzer Walther Leuschner, zu seinem Vertreter Generalsekretär Rasse, zum Kassier Obermeister Emil Müller gewählt.

Der Schweizerische Holzarbeiter-Verband

beröffentlicht seine Jahresabrechnung für das Jahr 1916. Die reinen Einnahmen betragen 127 131 Fr. Die Ausgaben 102 456 Fr. Das Vermögen des Verbandes (ohne Krankenkasse) stieg auf 115 424 Fr. Das Vermögen der Sektionen hat sich um 22 648 Fr. vermehrt und stieg auf 116 501 Fr. Der Reservefonds der Krankenkasse beträgt 43 198 Fr., so daß der Verband am Jahreschluss über insgesamt 275 124 Franken verfügte. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr 2153 Mitglieder, die Mitgliederzahl stieg von 3827 auf 4942. Hierbei ist die Mitgliederzahl der Frauengruppe, die sich, nebenbei bemerkt, aus den Frauen der Mitglieder rekrutiert, nicht mitgezählt. Deren Zahl steigerte sich von 247 auf 604.

Beschwerenswert sind die Erfahrungen, die der Verband mit den Stachelbeiträgen machte. Mitglieder, die bis 5 Fr. pro Jahr zahlen, zahlen in die erste Klasse mit einem höheren Verdienst in die zweite Klasse zahlen. Es scheint jedoch, daß die Verdienstgrenze für die Beitragsbemessung

nicht streng innegehalten wird. Der Bericht stellt ein anhaltendes Steigen der Zahl der in die erste Klasse zahlenden Mitglieder fest. Im Jahre 1911 zahlten nur 3,6 Prozent der Mitglieder in die erste Klasse, im Jahre 1916 waren es schon 15,5 Prozent und im ersten Quartal 1917 gar 17 Prozent. Der Bericht stellt fest, daß viele Mitglieder, die über 5 Fr., auch über 6 Fr. verdienen und ständigen Verdienst haben, doch nur Beiträge zur ersten Klasse zahlen, und fährt fort: „Es dürfte bei den heutigen Verhältnissen an der Zeit sein, die Grenze nochmals zu erhöhen, dann aber diejenigen Kollegen, die diese Grenze überschritten haben, konsequent zur Zahlung in die zweite Klasse anzuhalten.“

Zusammenschluß in der Waggonbauindustrie. Die Unternehmer der Waggonbauindustrie haben sich eine Organisation geschaffen, welche alle zur Industrie gehörigen Betriebe umfaßt. Bisher war nur ein Teil der Betriebe in der Norddeutschen Wagenbauvereinigung organisiert. Nunmehr haben sich die außerhalb dieser Vereinigung stehenden Fabriken zusammengeschlossen und den Waggonbauverband gebildet, der seinen Sitz in Berlin hat. Beide Vereinigungen haben sich miteinander verbündet und bilden je eine besondere Gruppe in dem neugebildeten Verband deutscher Waggonfabriken, der nunmehr alle Waggonfabriken umfaßt.

Gewerkschaftliches.

Lohnkämpfe nach dem Kriege.

Die Gefahr, daß das Wirtschaftsleben nach dem Kriege durch Lohnkämpfe gestört werden könnte, macht der hiesigen „Arbeitgeber-Zeitung“ jetzt schon kein. Man kann ihr zustimmen, wenn sie sagt, daß in dem schweren wirtschaftlichen Kampfe, dem wir nach Friedensschluss zweifellos entgegengehen, die Hebung der deutschen Gütererzeugung unser wirksamstes Kampfmittel sein wird. Sie sagt, wir würden nicht nur viel, sondern auch gut produzieren müssen und fährt dann fort: „Für die Wiedererwerbung der durch den Krieg verlorengegangenen ausländischen Märkte wird aber wenigstens für die Zeit des wirtschaftlichen Kampfes zu der Güte auch die Billigkeit der deutschen Erzeugnisse treten müssen.“ Deshalb, so meint sie, läge es im eigenen Interesse der Arbeiter, daß sie nach dem Kriege in bezug auf Lohnforderungen maßhalten und insbesondere auf Arbeitseinstellungen verzichten.

Für dieses Verlangen beruft sich das Unternehmerorgan auf den Sozialdemokraten Dr. Heinemann, der in einer Versammlung der Eisenbahner für die Ausdehnung des Streikverzehrs in die Friedenszeit hinein eingetreten sei und seine Auffassung mit dem Hinweis begründet habe, daß es nach dem Friedensschluss darauf ankommen werde, den Verzicht unserer Feinde, Deutschland von der Weltwirtschaft auszuschließen, zu vereiteln. Ob der Rechtsanwalt Dr. Heinemann eine solche Rede gehalten hat, wissen wir nicht. Für die deutschen Gewerkschaften kann ein Verzicht

auf die Ausübung des Streikrechts weder während des Krieges noch nach dem Kriege in Frage kommen.

In manchen Köpfen scheint die Auffassung zu spuken, als ob die Aufhebung der schwebenden Streiks beim Ausbruch des Krieges gleichbedeutend gewesen sei mit einem Verzicht auf die Ausübung des Streikrechts in Anerkennung des eingetretenen Burgfriedens. Diese Auffassung konnte sich aber nur dort festsetzen, wo man die Vorgänge im Wirtschaftsleben nicht mit genügender Aufmerksamkeit verfolgte, und wo die Erinnerung an die Lage des Arbeitsmarktes bei Beginn des Krieges dem Gedächtnis entschwunden ist. Es ist deshalb nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß bei Ausbruch des Krieges eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrschte, und daß eine Reihe von Monaten verging, ehe sich auf dem Arbeitsmarkt wieder einigermaßen normale Zustände herausgebildet hatten. In Zeiten solcher Massenarbeitslosigkeit Streiks zu beginnen und fortzusetzen, wäre eine Torheit, die man vernünftigen Menschen nicht zumuten soll. Als in der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 2. August 1914 ausgesprochen wurde, daß die schwebenden Streiks aufgehoben werden müssen, da spielte der „Burgfriede“ keine Rolle. Dieses Wort ist übrigens in der Bedeutung, die ihm während des Krieges beigelegt wurde, erst später auf gekommen. Die einfache Erkenntnis, daß die Fortführung der Streiks faktisch unmöglich ist, machte eine solche Stellungnahme notwendig. Es ist aber damals keinem Menschen der Gedanke gekommen, daß damit ein dauernder Streikverzicht der Gewerkschaften erklärt sein soll.

Als sich später die Verhältnisse änderten und infolge des Verhaltens mancher Unternehmer Differenzen entstanden, haben sich die Gewerkschaften unbedenklich ihres Streikrechts bedient. Zu umfangreichen und langwierigen Lohnkämpfen ist es während des Krieges im allgemeinen nicht gekommen. (Die großen Arbeitseinstellungen infolge des Lebensmittelmangels und zu politischen Demonstrationszwecken können als Lohnkämpfe nicht wohl angesprochen werden.) Das ist aber nicht eine Folge der Jaghaftigkeit der Gewerkschaften in der Wahrnehmung ihres Rechts. Die öffentlichen Gewalten haben nicht mehr, wie vor dem Kriege in der Regel, ohne weiteres gegen die Arbeiter Partei genommen, sondern sich häufig um eine schnelle Verständigung der Parteien bemüht. Die Gewerkschaften denken nicht daran, während des Krieges auf das Streikrecht zu verzichten, noch viel weniger nach dem Kriege seine Ausübung preiszugeben.

Wenn die Unternehmer die Absicht verfolgen, sich die verlorengegangenen Märkte durch die Lieferung besonders billiger Waren wiederzuerobert, dann brauchen wir gegen diese Absicht an sich nichts einzuwenden. Wir werden aber den allerschärfsten Widerstand leisten, wenn versucht werden sollte, die Billigkeit der Waren durch niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu erzielen. Das ist nicht der Weg, unserer Volkswirtschaft wiederum zur Blüte zu verhelfen. Es kann nicht das Ziel der Volkswirtschaft sein, den Profit der Unternehmer zu mehren, noch wichtiger als dieser

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1917.

Table with columns for location (Gau), membership, unemployed members at home, and unemployed members on the road. Rows include various cities like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, and Gauptaße, along with monthly data from June 1917 to June 1918.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Allenstein - Heidermünde, Barmenmünde - Dels, Rawitsch - Alltandsberg, Herzberg, Rendantamm - Großhartmannsdorf, Sohlund, Stolpen - Schkeuditz, Stollberg - Schwarza - Deltisch, Goslar - Cuxhaven - Nienburg, Stadthagen - Gelsenkirchen, Hamm - Kreuznach, Rumpenheim, Trier, Bodehausen - Matting - Freudenstadt, Furtwangen, Gingen, Konstanz, Spaichingen, Trostingen, Willingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment figures per 100 employees in various months from 1912 to 1917, showing a general upward trend in unemployment rates over the period.

